

Das Ardennenkreis. — Eine deutsch-französische Jugendausprache.

Karlsruhe, 14. Juli.

Auf dem für August geplanten Ardennenkreis treffen deutscher und französischer Jugend, das im Verfolg des Sozialberg-Camp von dem Kreis um Roche Tempé vorbereitet wird, wieder unter dem Vizepräsidenten: "Die Jugend Deutschlands und Frankreichs vor der europäischen Ausgabe" in einer Reihe von Referaten die wirtschaftlichen, geistigen und politischen Voraussetzungen erörtert werden, die zu einer "Neuordnung" Europas zwingen; es wird sich dabei ergeben, wie sich die Jugend beiden Ländern diese vorstellt. Eine kleine Schauzeitungsfestliche Schrift und Kunstausstellung wird das Bild, das der ausländische Buch- und Kunstmärkt vom deutschen Geschleben der Gegenwart bietet, aus dem Blickfeld der jungen Generation zu ergänzen suchen.

Der Reichsrat ist zu einer Sitzung für Donnerstag einberufen worden. Auf der Tagordnung befindet sich u. a. der Entwurf einer Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Unter den Vorlagen, die dem Reichsrat inzwischen vorgegangen sind, ist erneut erörtert, der Entwurf einer Verordnung über die Herstellung des Brotpreises von Wertpapieren, ferner die Verordnung zur Änderung der Reichsgrundlage über die öffentliche Fürsorge und die Verordnung über Solländerungen.

Relegierung an der Berliner Universität. Der Senat der Friedrichs-Universität Berlin hat gegen sieben Studierende auf Entfernung von der Universität Berlin erlassen. Vier von diesen gehörten der rechtsozialistischen Gruppe an, drei der linksozialistischen. Gegen zwei Studierende beider Gruppen wurde auf Anordnung der Entfernung erlassen. Zwei Studierende beider Gruppen wurden freigesprochen, drei Studenten werden vom Rektor mit einem Verweis bestraft. Eingesetzt werden konnte das Verfahren gegen sechs Studenten beider Gruppen. Eine der rechten kommunistischen Studenten hat nach der Entscheidung Selbstmord begangen. Er war ein Gegner der von kommunistischer Seite propagierten Gewaltmaßnahmen gewesen, hatte aber auf Parteidiskussion mitgemacht und hatte im Verfahren die Verteidigung dafür an sich genommen.

Eine Kundgebung republikanischer Studenten. Am 13. Juli hielt der Deutsche Republikanische Studentenbund im Schloss und Park zu Wörlitz eine mitteldeutsche Arbeitstagung ab, an der republikanische Studenten und Studentinnen der Universitäten und Hochschulen Dresden, Leipzig, Halle, Jena, Berlin, Hannover und Bremen teilnahmen. Es wurden Reden gehalten über die Frage Überwindung des Faschismus, die Freien Jugend und Staat und Neue Wege zum sozialen Staat. Am Sonntag abend fand eine große republikanische Kundgebung in Dessau gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt, auf der u. a. Prof. Dr. Friedich Herz von der Universität Halle über das Thema "Weltkrieg und Nationalsozialismus" sprach. Als zweiter Redner sprach Dr. Theodor Haubach, der Befreier des Polizeipräsidiums Berlin. Die republikanische Bevölkerung Dessau war zu vielen Tausenden zu der Kundgebung gekommen.

Drei Wochen Gefängnis für Beschimpfung des Republik. Am Verhandlungstage des vorigen Jodes fand auf dem Marktplatz in Bingen an der Elbe eine Riesen-Kundgebung statt, bei der ein Rechner ein Wort auf die Karren Schwarzer-Rot-Gold anbrachte. Dabei fiel der Schneidermeister Brinckmann "Bini" gerissen. Das Gericht verurteilte er nun damit, daß ihm ein Garrenstumpf in den Hals gerichtet sei. Es habe dabei ausgeschaut und das Wort "Bini" gebracht. Vorher war der Angestellte vom Schöffengericht Wittenberg zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, von der Strafkammer Neuruppin aber freigesprochen worden. Der Staatsanwalt meckerte Revision an, und das Reichsgericht verwies die Sache an die Strafkammer in Potsdam, die auf drei Wochen Gefängnis erkannte, da sie der Ansicht des Anwaltens keine Gläubiger schenkt.

Beschimpfung eines Nationalsozialisten. Reichstagsabgeordneter Dr. Goedels war durch Strafbefehl des Amtsgerichts Gladbach-Breydt mit drei Monaten Gefängnis belegt, und zwar wegen Beschimpfung und Verächtlichmachung der Staatsform. In der Einvernehmenverhandlung vor dem Schöffengericht erfolgte Freispruch. Goedel hatte in einer öffentlichen Verhandlung in Gladbach geplagt: "Wir wollen mit anständigen Mitteln einen Staat vernichten, dem dieses Prädikat nicht mehr gegeben werden kann." Das Gericht war der Ansicht, daß Dr. Goedel damit nur habe haben wollen, daß "ein" Staat, der Wirtschaftsrecht treibe, vernichtet werden müsse.

Das Verfahren gegen die Brüder Lohsen. Am Montag waren Amtsgerichtsdirektor Ernst Schäfer und Oberregierungsrat Dr. Lehmann vom Reichsjustizministerium in Bremen anwesend, um sich über den Stand des Verfahrens gegen die bisherigen Leiter des Nordwest-Konzerns Brüder Lohsen zu unterrichten.

Staatsanwaltschaft gegen Borella festgestellt. Für den Waffendienst Borella hätte am 13. Juli ein Haftvorschriftentermin festgestanden. Gegen die Entscheidung des Untersuchungsrichters, Borella von der weiteren Verhöhung der Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung und tägliche Meldepflicht auf der Polizei zu verschonen, hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt.

Die Voraussetzungen für die Auflösung des Nationalsozialisten Beder. Der in Wien verhaftete deutsche Nationalsozialist Beder wurde dem Landesgericht eingeliefert. Dem deutschen Auslieferungsbegehr wird nur dann stattgegeben werden, wenn die Begehrung des Tochthofs als gemeinsches Verbrechen betrachtet wird. Sollte der Tochthof jedoch im Verlauf eines politischen

Stratos erfolgt sein, so wird dem Nachleseungsbegehr nicht stattgegeben.

Verurteilung eines Fabrikdirektors wegen Vergehens gegen das Republikanergesetz. Vom Schöffengericht in Käfertor ist der Fabrikdirektor Max Kausmann in Wiesbaden, Kreis Solingen, wegen Vergehens gegen das Republikanergesetz in Tatenlosigkeit mit Verleidigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Der Verurteilte hat sich auf offener Straße beleidigt über den preußischen Ministerpräsidenten, den Minister Seeburg und den Polizeipräsidenten Orzesinski geäußert.

Der Reichs-Gewerblöschtag für Berlin verboten. Der Reichsausschuß der Gewerblöschtag hat sich auf einer Sitzung der Reichs-Gewerblöschtag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen. Der Berliner Polizeipräsident hat diese Kundgebung für Berlin verboten.

Erklärungen der Faschistischen Partei zur Enzyklika.

Rom, 15. Juli.

Gestern nachmittag trat unter Vorsitz Mussolini das Direktorium der faschistischen Partei zusammen. Das Parteidirektorium hat in bezug auf die kürzlich erschienene päpstliche Enzyklika drei Erklärungen angenommen, worin es heißt:

1. Das Direktorium der faschistischen Partei protestiert auf das Bekämpfen gegen die Behauptungen der Enzyklika, wonach der Eid der Schwarzhemden mit Rücksicht auf das Brot, die Kartiere oder das Leben abgegeben werde. Die Schwarzhemden haben bewiesen, daß sie auf Brot, Kartiere und auch auf das Leben verzichten können, wenn es für das Vaterland oder für die faschistische Revolution notwendig ist. Die schwere Beleidigung wird deshalb zurückgewiesen, mit der man verucht hat, ihre durch Opfer ihres beispieligen Treue zu entkräften.

2. Das Direktorium der faschistischen Partei lehnt mit Entschluß und mit genauer Kenntnis der Tatsachen die Behauptung des Papstes ab, wonach die Freimaurer wieder zu Ansehen in den Reihen der Partei gelangt seien. Das Direktorium der faschistischen Partei wacht, um zu vermeiden, daß die alten Überbleibsel der demokratisch-freimaurerischen Kreise wieder irgendwelche Tätigkeit aufnehmen können. Nach dieser Klarlegung stellt das Direktorium der faschistischen Partei unbedingt Bündnis fest, das sich zwangsläufig zwischen dem Papst und den Schwarzhemden befindet.

3. Das Direktorium der faschistischen Partei protestiert gegen die Lügen und wendet sich gegen die Behauptungen, die in einer aus italienischen Quellen stammenden ausländischen Note gegen die faschistischen Knabengruppen Volla enthalten sind und erklärt, daß es niemandem erlaubt sein darf, eine große Organisation zu verstoßen, für die Tausende von streng ausgewählten faschistischen Leuten von Lehrkräften der öffentlichen Schulen und 2000 Kaplanen arbeiten, eine Organisation, die diejenigen vorbereiten soll, welche die faschistische Revolution fortsetzen werden.

Eröffnung der Cortes.

Madrid, 15. Juli.

Gestern abend um 7 Uhr sind die Verfassunggebenden spanischen Cortes zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Sanchez Gurria war bei seiner Ankunft Gegenstand lebhafter Kundgebungen seitens der Menge, die das Parlamentsgebäude dicht umlagerte. Um 8.30 Uhr fuhren die Mitglieder der provisorischen Regierung vor. Um 7 Uhr betreten die Minister, begleitet von einer Abordnung von Deputierten, den Sitzungssaal. Nachdem der Präsident der Cortes die Sitzung für eröffnet erklärt hatte, bestieg Ministerpräsident Somora die Rednertribüne, um eine Ansprache zu halten.

Die Haushaltvorlage vom englischen Oberhaus angenommen. Das Oberhaus hat in zweiter Sitzung die bereits vom Unterausschuß gebilligte Haushaltvorlage angenommen, die die neue Grundrechte enthält.

Beschluß des Bochumer Eisenkongresses.

Der Eisenkongress wählte mit 118 gegen 48 Stimmen zum neuen Präsidenten der zionistischen Organisation den bisherigen Präsidenten der Exekutive Nahum Sokolow.

In einer Eröffnungsrede erklärte der Präsident des Kongresses: "Wir wollen mit anständigen Mitteln einen Staat vernichten, dem dieses Prädikat nicht mehr gegeben werden kann."

Das Gericht war der Ansicht, daß Dr. Goedel damit nur habe haben wollen, daß "ein" Staat, der Wirtschaftsrecht treibe, vernichtet werden müsse.

Das Verfahren gegen die Brüder Lohsen. Am Montag waren Amtsgerichtsdirektor Ernst Schäfer und Oberregierungsrat Dr. Lehmann vom Reichsjustizministerium in Bremen anwesend, um sich über den Stand des Verfahrens gegen die bisherigen Leiter des Nordwest-Konzerns Brüder Lohsen zu unterrichten.

Staatsanwaltschaft gegen Borella festgestellt. Für den Waffendienst Borella hätte am 13. Juli ein Haftvorschriftentermin festgestanden. Gegen die Entscheidung des Untersuchungsrichters, Borella von der weiteren Verhöhung der Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung und tägliche Meldepflicht auf der Polizei zu verschonen, hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt.

Die Voraussetzungen für die Auflösung des Nationalsozialisten Beder. Der in Wien verhaftete deutsche Nationalsozialist Beder wurde dem Landesgericht eingeliefert. Dem deutschen Auslieferungsbegehr wird nur dann stattgegeben werden, wenn die Begehrung des Tochthofs als gemeinsches Verbrechen betrachtet wird. Sollte der Tochthof jedoch im Verlauf eines politischen

Haftes erfolgt sein, so wird dem Nachleseungsbegehr nicht stattgegeben.

Verurteilung eines Fabrikdirektors wegen Vergehens gegen das Republikanergesetz. Vom Schöffengericht in Käfertor ist der Fabrikdirektor Max Kausmann in Wiesbaden, Kreis Solingen, wegen Vergehens gegen das Republikanergesetz in Tatenlosigkeit mit Verleidigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Der Verurteilte hat sich auf offener Straße beleidigt über den preußischen Ministerpräsidenten, den Minister Seeburg und den Polizeipräsidenten Orzesinski geäußert.

Der Kriminalpolizei untersucht die Angelegenheit.

Großfeuer in Ohlsdorf. In Ohlsdorf ist beim Bahnhof Ohlsdorf mehrere Säcke mit der Wärmeflasche eines Wagenbeschleunigers, der die Signale mit der Taschenlampe gegeben hatte, auf dem Gleis gelegen. Die Untersuchung der Bahnpolizei ergab, daß auf einer Schiene eine Meter lange Eisenkugel und auf der anderen Schiene ein 70 Centimeter langes Eisenstück gelegen hatte, die durch die Wärmeflasche des Wagenbeschleunigers geschnitten waren.

Der Vorfall folgte der Vorführung neuer Milchwerbeclips sowie die unerwünschte Verteilung von Kopftropfen. Der Landesmilchausschuß hatte reichliches Plakatmaterial sowie Werbemittel zur Verfügung gestellt.

ein Milchwerbegut. Es wurde unterstützt durch die örtlichen Behörden, Landwirtschaftliche Schule, Milchwerbungsgenossenschaft Oh- und Mittelholstein, Abteilung Nienburg Pirna, durch den Milchhandlungsverein Pirna, durch die Haustauernvereine, örtliche Geschäftswelt und viele an der Milchwerbung interessierte Berufsorganisationen. Den Vorfall folgte die Vorführung neuer Milchwerbeclips sowie die unerwünschte Verteilung von Kopftropfen. Der Landesmilchausschuß hatte reichliches Plakatmaterial sowie Werbemittel zur Verfügung gestellt.

Kreishauptmannschaft Leipzig.

Schirra. (Gesamtverlotungen.) Am Montagnachmittag bis in die späten Abendstunden hinein kam es auf dem Markt und in den angrenzenden Hauptstraßen zu unruhigen Gesamtverlotungen. Der Anlaß dazu war ein Vorfall, bei dem ein Nationalsozialist, der sich von Kommunisten umringt sah und drohte, drei Schläge abzugeben. Die Polizei mußte hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erfordern; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.

Leipzig. (Sichergestellte Zahlungen.) Die Zahlungen der Stadt Leipzig, namentlich die Fürsorgeunterstützungen, sind, dank der rechtzeitigen Vorbereitung, bis zum 1. Oktober sowohl etatmäßig als auch tatsächlich sichergestellt. Allerdings war hierfür eine starke Droschelung der laufenden Ausgaben erforderlich; sie sind monatlich nur mit $\frac{1}{12}$ statt $\frac{1}{11}$ der Einzahlung vom Markt freigegeben worden. Auch die neue Messevorlage des Mabs, die u. a. eine Verkürzung des Feiertags noch nicht bekannt ist, wurde von der Volksschule Landespolizeihauptkommissar am 1. August abgelehnt.